

Rezensionen

John S. Saul & Patrick Bond:
South Africa – The Present as History. From Mrs Ples to Mandela and Marikana. Woodbridge & New York, NY: James Currey sowie Johannesburg: Jacana 2014, 312 Seiten

Wie kam es zu dem „Teufelspakt“, den die Führung des *African National Congress* (ANC), der heutigen Regierungspartei, irgendwann vor dem 1994 vollzogenen Übergang zu demokratischen Institutionen in Südafrika abschloss und den der hier mehrfach zitierte ANC-Veteran und ehemalige Minister Ronnie Kasrils heute beklagt? Kasrils reiht sich ebenso wie die Autoren des vorliegenden Buches – John Saul, einer der Veteranen der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika und über Jahrzehnte unerschrockener Kritiker ihrer Praxis, sowie Patrick Bond als Repräsentant einer lebendigen radikalen Sozialwissenschaft in Südafrika – in eine wachsende Schar von Stimmen ein, die tiefe Besorgnis angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Krise in Südafrika äußern. Unvermeidlich verbindet sich solche Sorge mit der Frage nach den Gründen, aus denen die vom ANC geführte Regierung die in sie gesetzten Erwartungen so grundlegend enttäuscht hat sowie nach den Chancen einer Lösung der Krise, die eine Perspektive bietet, die früheren Ziele wieder ins Auge zu fassen. Anders als Kasrils und andere sehen Saul und Bond freilich nicht so sehr Verrat oder einen schweren Fehler bei der Aushandlung des historischen Kompromisses am Werk, der Anfang der 1990er Jahre schließlich das

formale Ende der Apartheid besiegelte und den ANC zugleich den „Krallen des Großkapitals“ ausgeliefert habe (7). Vielmehr machen die Autoren längerfristige Tendenzen und Strukturen in der Politik des ANC aus, die den Kompromiss mit der letzten Regierung der für Apartheid verantwortlichen Nationalpartei, wichtiger aber noch mit internationalen Kapitalinteressen im Grunde als konsequent erscheinen lassen. Aus dieser Sicht hätte der ANC weniger seine Seele verraten, wie viele ehemalige und aktuelle Anhängerinnen und Anhänger auch der nationalen und internationalen Anti-Apartheidsbewegung beklagen. Vielmehr hätten sich Tendenzen durchgesetzt, die schon sehr viel länger in der Organisation verankert waren.

Ausweislich des Titels umfasst die historische Perspektive den gesamten Zeitraum menschlichen Lebens in Südafrika – von den nordwestlich von Johannesburg aufgefundenen Überresten von *Plesianthropus transvaalensis* (daher „Mrs. Ples“) bis zu dem ganz in der Nähe gelegenen Schauplatz des Massakers, das die südafrikanische Polizei am 16. August 2012 an streikenden Minenarbeiterinnen und -arbeitern in Marikana verübte. Das Buch gliedert sich in drei Teile: einen von Saul verfassten „Prolog“ von drei Kapiteln über die Zeit bis zum Wendepunkt 1994, eine Darstellung der Regierung des ANC und ihrer Folgen in zwei Kapiteln von Bond und je ein Schlusskapitel der beiden Autoren. Deutlich kommen dabei unterschiedliche, sich hier gut ergänzende Stärken und Schwerpunkte der beiden zum Ausdruck: Wo Saul gelegentlich zum breiten Pinselstrich neigt, beeindruckt

Bond durch eine Fülle detailreichen, kritisch durchgearbeiteten Fakten- und Datenmaterials.

Der Bezug auf Mrs. Ples liefert das denkbar überzeugendste Gegenargument gegen die Ideologie vom leeren, besitzerlosen Land, das die europäischen Siedler und Siedlerinnen vorgeblich vorgefunden und ab 1656 erschlossen hätten. Die mit diesem Datum einsetzende Gewaltgeschichte kolonialer Expansion und die damit einhergehende Enteignung und Unterwerfung der Afrikanerinnen und Afrikaner wiederum bietet den Hintergrund für die entscheidenden Weichenstellungen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts: die Entstehung des großkapitalistisch organisierten „Bergbau- und Energiekomplexes“, unauflösbar verschränkt mit dem Bündnis zwischen „englischen“, weitgehend mit dem Minenkapital verbundenen Siedlern einerseits und zunächst stärker agrarisch oder handwerklich orientierten, aber auch zur Arbeiterklasse zählenden „Buren“ andererseits, das nach dem blutigen Südafrikanischen Krieg („Burenkrieg“) in der Gründung der Südafrikanischen Union (1910) besiegelt wurde. Konsequenz wurden im Verlauf der folgenden beiden Jahrzehnte die gesetzlichen Voraussetzungen für ein umfassendes System der Segregation geschaffen – vom scharf diskriminierenden Landgesetz von 1913, das Schwarzen lediglich 7 % der Bodenfläche zugestand, bis zu der stärker auf Kämpfe der weißen, aber auch der schwarzen Arbeiterschaft reagierenden Arbeitsgesetzgebung. Beides zusammen schrieb weiße Privilegien fest und sicherte vor allem den extraktiven Wirtschaftszweigen billige schwarze Arbeitskräfte auf der

Grundlage des Wanderarbeitssystems, das eine zunehmend der Verelendung ausgesetzte Reservatsökonomie nutzte, um Reproduktionskosten der Arbeitskraft einzusparen. Die ab 1948 von der Nationalpartei durchgesetzte Apartheid bezeichnet so nicht so sehr einen historischen Bruch, als vielmehr die Systematisierung und Radikalisierung von Strukturen und Tendenzen, die weitgehend bereits in der seit 1910 in ganz Südafrika verfolgten Segregationspolitik angelegt waren.

Wie Saul zeigt, nahm der heftige Widerstand gegen die Etablierung dieses Systems unterschiedliche Formen an – freilich mit ebenso unterschiedlichem Inhalt und Ausgang. Solcher breit definierter Widerstand schloss auf „Rassen“-Privilegien beharrende militante Kämpfe weißer Arbeiter ebenso ein wie ein ganzes Spektrum von Reaktionen afrikanischer Gemeinwesen, zunächst in der Form des oft kriegerischen Primärwiderstands. Nicht zuletzt aufgrund der Einsicht in die auf absehbare Zeit unerschütterliche Festigung kolonialer Herrschaft nahmen diese Reaktionen schließlich die Gestalt der Organisation von Führungs- und Bildungseliten, bspw. in Form des 1912 gegründeten *African Native National Congress*, später ANC, aber auch einer Vielzahl anderer, oft stärker unter der städtischen Arbeiterschaft verankerter Ansätze, etwa der *Industrial and Commercial Workers Union* (ICU) der 1920er Jahre, an. Die eng mit diesen Entwicklungen verknüpfte Entstehung unabhängiger afrikanischer („äthiopischer“) Kirchen oder des u.a. von Marcus Garvey initiierten Panafricanismus treten in der Darstellung ebenso zurück wie die Vielfalt der Organisationsansätze

innerhalb der Arbeiterbewegung. Damit konzentriert sich die Darstellung auf den ANC und seine über das Jahrhundert seiner Existenz sehr uneinheitliche Massenbasis. Dies ist weitgehend eine Standarderzählung, die insbesondere den zunächst stark afrikanistisch geprägten Aktivismus der „class of 1944“ um spätere prominente Führungspersonen wie besonders Nelson Mandela sowie die Herausbildung der „Congress Alliance“ und die Annäherung an die Kommunistische Partei und diverse Streikwellen betrifft. Diese Mobilisierungen dauerten im ersten Jahrzehnt der Apartheidspolitik an und begründeten aus der Sicht von Saul unabhängig von einer anhaltenden „elitären Grundhaltung“ (52) das Renommee des ANC auch während der folgenden beiden Jahrzehnte, als nach dem Massaker von Sharpeville (1961) die wichtigsten Organisationen der schwarzen Mehrheit verboten und ihre Führungsquipes ins Exil gedrängt waren oder im Gefängnis, in der Regel auf Robben Island, saßen.

Die neuen Organisationsansätze der *Black-Consciousness*-Bewegung sowie die mit den Streiks in Durban 1973 neu einsetzende Arbeiter-Bewegung markierten Formen des Widerstandes, die mit dem ANC vorerst wenig zu tun hatten. Das galt auch für die militante Protestwelle, die 1976 einsetzte und mit dem Ausgangsort „Soweto“ kodiert wird. Der ANC im Exil konnte zahlreiche geflüchtete Aktivisten und Aktivistinnen aus dieser Bewegung rekrutieren, doch im Land selbst blieb seine Präsenz begrenzt. Auch *Umkhonto we Sizwe*, der „bewaffnete Arm“, war nie zu mehr als symbolträchtigen Sabotageanschlägen in der Lage. Viel mehr wurde das Regime durch die gesellschaftliche Dynamik

im Lande selbst erschüttert. Hier stehen vor allem die organisatorischen Neuansätze des Gewerkschaftsverbands *Congress of South African Trade Unions* (COSATU) und der *United Democratic Front* (UDF), der Dachorganisation einer Vielzahl unterschiedlicher, im breitesten Sinne zivilgesellschaftlicher Organisationen, hervor. Beide spielten während der 1980er Jahre entscheidende Rollen, als der Widerstand gegen die Apartheid das bisherige Herrschaftssystem unhaltbar werden ließ. Allerdings sieht Saul einen deutlichen Unterschied in der sozialen Basis von COSATU, der Arbeiterschaft, und der UDF, die er als Repräsentantin des städtischen Prekariats bezeichnet, also der großen Masse der Ungesicherten, Arbeitslosen und im informellen Sektor Tätigen, die kaum Hoffnung auf formelle Beschäftigung hatten, aber entscheidend zu der breiten Mobilisierung insbesondere während der 1980er Jahre beitrugen.

Für die von Saul gezeichnete Entwicklungslinie entscheidend ist nun, dass und wie der ANC – insbesondere repräsentiert durch die Exilgruppe, aber auch durch die symbolisch aufgeladene Zentralfigur Nelson Mandela – es vermochte, die mobilisierten Massen und ihre Organisationen, an erster Stelle COSATU und UDF, einerseits unter Kontrolle zu bringen und andererseits angesichts des sich abzeichnenden historischen Kompromisses einer demokratischen Transition zu demobilisieren. Dies geschah durch die Kooptation der COSATU in die bis heute regierende „Triple Alliance“ mit dem ANC und der Kommunistischen Partei (SACP) sowie durch die Auflösung der UDF auf Initiative der ANC-Führung – Saul spricht von „Ermordung“ (90), deren Ziel gewesen

sei, die Möglichkeiten neuerlicher Massenmobilisierungen drastisch zu beschneiden und das „Prekariat“ auf die passive Rolle von Wahlberechtigten zu beschränken. Dieser Schwenk erscheint unmittelbar verknüpft mit einer gegenseitigen Annäherung zwischen der exilierten ANC-Führung und Vertretern südafrikanischer Kapitalinteressen, die deutlich weiter zurückreicht als bis zum häufig angesprochenen Moment von 1990. Ungeachtet alles dessen bedeutete auch aus Sicht beider Autoren der Übergang zur Mehrheitsherrschaft einen entscheidenden Wandel, dessen Konsequenzen freilich aufgrund längerfristiger Festlegungen entscheidend eingeschränkt wurden; hinzu kamen noch die Ergebnisse geheimer Wirtschaftsgespräche, die parallel zu dem hoch konfliktiven Verhandlungsprozess über die politische Struktur Südafrikas geführt wurden und Voraussetzungen schufen, die sozioökonomischen Verhältnisse weiter zu zementieren.

Wie auch Patrick Bond betont, war die „neoliberale“ Wirtschaftspolitik, die der ANC seit Regierungsantritt verfolgt, damit vorgezeichnet. Die für die gewalttätige Mehrheit der Südafrikanerinnen und Südafrikaner desaströsen Folgen zeigen sich auf den Ebenen steigender Arbeitslosenzahlen und, angesichts eines drastischen Währungsverfalls, sinkender, bestenfalls stagnierender Reallöhne, aber auch in einschneidenden Konsequenzen für die nicht formell Beschäftigten, also für das – von Bond nicht ausdrücklich thematisierte – Prekariat: Gerade in Bereichen, wo der ANC Fortschritte beansprucht, fallen diese bestenfalls fragwürdig aus. Beispielsweise wurde zwar die physische Infrastruktur für kommunale Dienstleistungen verbessert,

durch das Prinzip der Kostendeckung, gekoppelt mit der Privatisierung von Wasser- und Elektrizitätsversorgung sowie Telefon oder wichtiger Straßenverbindungen durch Mauterhebung wurden diese Verbesserungen aber nach kurzer Zeit für die Armen faktisch wieder einkassiert. Ein wesentliches Argument für das Ausbleiben einer effektiv „sozialdemokratischen“, sozialstaatlichen Politik bestand im Verweis auf Ausgabendisziplin und Zahlungsbilanz. Letztere wurde durch Maßnahmen zur Anziehung vor allem kurzfristiger Portfolio-Investitionen optisch verbessert, doch zugleich kam es zum massiven Kapitalexport, nicht zuletzt durch die Abwanderung der meisten südafrikanischen Großkonzerne, die wiederum durch Deregulierungsmaßnahmen erleichtert wurde. Deren Geschäfte wurden und werden durch die Anstellung oder Beteiligung ehemaliger einschlägiger Ressortminister gefördert – nur eine der zahlreichen Formen einer Korruption, die vor allem mit dem nach wie vor nicht aufgeklärten Milliardenkandal um Rüstungsgeschäfte bis in höchste Regierungskreise reicht. Im Ergebnis sieht Bond das heutige Südafrika als „modernes internationales Äquivalent eines altmodischen südafrikanischen Bantustans, wo die kooptierte Elite unter den Bedingungen sowohl einer globalen Apartheid als auch unhaltbarer (und sich verschärfender) lokaler Klassengegensätze prosperierte“ (197).

Frühzeitig regte sich freilich auch Widerstand gegen die Konsequenzen der Politik des ANC an der Regierung. Besonders erfolgreich war die *Treatment Action Campaign*, die schließlich auch gegen den Widerstand des damaligen Präsidenten Thabo Mbeki

und anderer Regierungsmitglieder vor Gericht die Freigabe von Generika zur antiretroviralen Therapie von HIV/AIDS durchsetzte. Bond nennt aber auch eine Vielzahl nicht immer so erfolgreicher Bewegungen gegen die Beschränkung kommunaler Dienstleistungen, die sich ebenfalls zu festeren, teils auch überregional vernetzten Organisationszusammenhängen konsolidiert haben.

Einen signifikanten Wendepunkt markierte zweifellos das Massaker von Marikana. Dieses Ereignis, das Bond ebenso wie Saul in eine Reihe mit den emblematischen Daten von Sharpeville 1961 und Soweto 1976 stellen, beleuchtet konzentriert das unter der Ägide des ANC entstandene Herrschaftssystem ebenso wie die Krise und die Widersprüche, die die beiden Juniorpartner in der *Triple Alliance* heute auszeichnen – COSATU und SACP. Mit ein wenig zeitlicher Perspektive war Marikana ein erster Höhepunkt von spontanen Streikbewegungen, die nach dem auf das Massaker folgenden Verhandlungserfolg der Streikenden sich weiter verstärkten und insbesondere zur Erosion der bis dahin größten Einzelgewerkschaft, der Bergarbeitergewerkschaft *National Union of Mineworkers* (NUM) sowie mittlerweile der COSATU insgesamt führten. Zugleich betrat kurz nach Marikana Cyril Ramaphosa wieder die politische Szene, als er auf dem Parteitag, den der ANC zum 100. Jahrestag seiner Gründung in Magaung (Bloemfontein) abhielt, zum Vizepräsidenten gewählt wurde. Ramaphosa war in den 1980er Jahren Führer der NUM und darauf wichtiger Verhandlungsführer des ANC während der Übergangsphase 1990-94 gewesen. Er unterlag Thabo Mbeki

im Kampf um die Vizepräsidentschaft neben Mandela und wurde danach im Rahmen des *Black Economic Empowerment* einer der erfolgreichsten schwarzen Geschäftsleute mit einem Milliardenvermögen. Bald nach Marikana wurden Emails bekannt, in denen Ramaphosa als Großaktionär des bestreikten Lonmin-Konzerns kurz vor dem 16. August hohe Polizei- und Regierungsstellen zu einem scharfen Vorgehen aufgefordert hatte. Bond betont nicht allein, wie brüchig die ANC-Führung unter Präsident Jacob Zuma und Ramaphosa sich darstellt, sondern belegt auch die verbreitete, bis in wirtschaftsliberale Kreise hineinreichende Debatte um zumindest „sozialdemokratische“ Alternativen (239), die über die verschiedentlich von ihm apostrophierte Taktik des ANC hinausreichen, „links zu reden und nach rechts zu gehen“.

Während linke Gruppierungen innerhalb COSATU sich nach Marikana bis hin zur möglichen Gründung einer neuen Partei deutlicher artikulierten, belegt Bond auch das Ausmaß, in dem führende Kader der SACP nach wie vor die Regierungspolitik rechtfertigen. Zumeist geschieht dies verbal im Bezugsrahmen der Stadientheorie von Revolutionen, wonach die *Triple Alliance* die nationaldemokratische Phase repräsentieren soll. Es würde sich gerade vor dem Hintergrund der südafrikanischen Erfahrung lohnen, diese auf Grundthesen der Komintern zurückgehende Vorstellungswelt gründlicher zu untersuchen. Auch vor dem Hintergrund der Entwicklungen im benachbarten Zimbabwe wird deutlich, dass eine konstruktive Alternative die nationalistische Rhetorik und Praxis hinter sich lassen müsste, d.h. eine klar prioritär an Klassenverhältnissen

auszurichtende Politik einzuschlagen hätte. Hierfür stehen auch die letzten, abschließend extensiv zitierten Analysen des 2012 gestorbenen Neville Alexander, dem neben den Opfern von Marikana das Buch gewidmet ist.

Saul betont in seinem Abschlusskapitel ferner die fortbestehende, aus dem Befreiungskampf hergeleitete Legitimität des ANC, verweist zugleich aber auf Gegenströmungen zumal an der Basis von COSATU. Ferner geht er Organisationsansätzen nach, die Neuformationen auf der Linken anzeigen könnten – nicht ohne den angesichts der Erfahrungen des 20. Jahrhunderts unverzichtbaren Hinweis auf die Risiken des „Avantgardismus“ (259, 263).

Neueste Entwicklungen sind bereits weiter als die Darstellung in diesem Buch – sie haben die Thesen von Saul und Bond keineswegs erschüttert. Südafrika bleibt, wie Peter Alexander es ausdrückt, „das Protestzentrum der Welt“ (zit. 255), oder nimmt zumindest eine Führungsposition auf dieser Skala ein. Die daran Beteiligten werden die Lehren aus dem begrenzten Übergang zur politischen Demokratie – den Saul und Bond keinen Augenblick kleinreden – zu ziehen haben. Nicht von ungefähr verweist Saul auf die Risiken, die soziale Krisen auch in der Artikulation sozialer Ressentiments in sich tragen, indem er zeigt, wie sie in Südafrika immer wieder vor allem in der Form von Xenophobie und Sexismus sowie allgemein steigender Gewalttätigkeit aufgetreten sind. Krisen sind Entscheidungskonstellationen, und es ist Südafrika und der Welt zu wünschen, dass die aktuelle Krise in konstruktive Bahnen führt.

Reinhart Kößler

Felix Wemheuer (Hg.): *Linke und Gewalt. Pazifismus, Tyrannenmord, Befreiungskampf*. Wien: Promedia 2014, 173 Seiten

Ohne Zweifel zählt die Frage der Gewalt zu den schwierigsten Problemen, mit denen sich linke Bewegungen seit mehr als zwei Jahrhunderten immer wieder herumschlagen hatten. Felix Wemheuer formuliert das ehrgeizige Ziel, „die Breite der Debatten ... darzustellen“ (7), was auf 159 Seiten Text im Grunde genommen nicht zu schaffen ist, zumal es sich nicht um eine Darstellung im eigentlichen Sinne, sondern um eine Sammlung von Texten handelt, die dem Herausgeber für die Fragestellung wesentlich erscheinen. Dabei waren einige harte Schnitte sicher nicht vermeidbar. Zunächst konzentriert Wemheuer sich auf „die zentralen globalen Revolutionszyklen des 20. Jahrhunderts“ (8), die er auf die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, die „Abwehr des Faschismus“ (9) sowie „Bauernrevolutionen in der Dritten Welt, Unruhen in den Metropolen“ (11) – implizit die späten 1960er und frühen 1970er Jahre – datiert. In Wirklichkeit beziehen sich unter den 20 meist stark gekürzten und oft ohne Originalnachweis sowie zumeist nur oberflächlich kontextualisierten Texten zwei auf die Ermordung des Zaren Alexander II 1881 und keiner auf den zweiten Zyklus, nimmt man Mao Zedongs kurzen Text aus, der die unterschiedlichen strategischen und taktischen Phasen des Volkskrieges unter Bezug auf den „Antijapanischen Widerstandskrieg“ anspricht. Der Text von Mao steht zudem für ein Genre, das eher das Vorgehen im bewaffneten Kampf denn seine Berechtigung oder Problematik diskutiert. Das mag insoweit sinnvoll

sein, als Mao solche Fragen wenig gestört haben, doch beschäftigte er sich durchaus mit der Verankerung der von der Kommunistischen Partei geführten Armee in den Volksmassen; im abgedruckten Text kommt auch das nicht vor. Ähnliches gilt für die Auszüge aus dem für die latein-amerikanische Fokus-Theorie tatsächlich wesentlichen Buch von Régis Debray, doch vermisst man die deutlich reflektierteren Texte von Che Guevara, der ganz andere Ansprüche an die revolutionäre Wirkung des Kampfes der Guerilla geltend machte. Pierre Ramus, Gustav Landauer und auch Errico Malatesta oder Isaak Steinberg stehen für pazifistische oder der Gewaltanwendung gegenüber skeptische Positionen des Anarchismus (bzw. der Linken Sozialrevolutionäre in Russland), die insbesondere auch auf die Konsequenzen zumal militärischer Gewaltanwendung und staatlichen Terrors für die Praxis sowohl einer revolutionären Staatsmacht wie auch für die Persönlichkeit der Revolutionärinnen und Revolutionäre hinweisen. Neben Steinberg kritisiert in dieser Sammlung den von der Sowjetmacht nach 1917 angewendeten Terror vor allem Karl Kautsky, dessen bekanntem Text erwartbar die Replik von Lev D. Trockij (Bronštejn) entgegengestellt wird. Trockijs sicher sehr viel aussagekräftigeren, moraltheoretischen Interventionen, auch in Auseinandersetzung mit John Dewey (vgl. Rez. in *PERIPHERIE* 88), und damit Hinweise auf den Kern der angesprochenen dilemmatischen Situation sucht man jedoch vergeblich. Wo schon der zeitliche Rahmen arg gedehnt wurde, hätte der wohl bedeutendste Militärtheoretiker des Marxismus nicht ausgespart werden sollen. Friedrich Engels hat in einem seiner letzten Texte

1895 eindrücklich nicht nur auf die historischen Grenzen des Barrikadenkampfes hingewiesen, sondern auch anhand dieser klassischen Form revolutionärer Gewalt auf dem grundsätzlichen Primat der Politik bestanden. Dies ist sicher lehrreicher als die blutrünstig-euphorische Eulogie von Johann Most auf den Zarenmord. Die „Dritte Welt“ wird neben Mao Zedong allein von Frantz Fanon repräsentiert. Mahatma Gandhi qualifizierte sich vielleicht nicht als „Linker“ (gewaltlose Aktion ist durch einen Text von Martin Luther King vertreten), und Amilcar Cabral, Nelson Mandela oder Vo Nguyen Giap sind, scheint's, aus anderen Gründen durch den Rost gefallen. Ärgerlicher ist im Grunde, dass Fanons zutiefst ambivalente Reflexion in *Die Verdammten dieser Erde* so zugeschnitten wird, dass das geläufige Bild einer emphatischen Feier emanzipatorischer Gewaltanwendung einmal mehr scheinbar bestätigt wird. Dieses Bild geht weitgehend auf das Vorwort von Jean-Paul Sartre zurück, der auch sonst weit wichtigere Beiträge zu dieser Thematik geleistet hat als das hier dokumentierte *Spiegel*-Interview mit Alice Schwarzer nach seinem Besuch bei Andreas Baader im Gefängnis 1974. Die Stadtguerilla in Deutschland kommt zudem mit einem frühen Text der *Rote Armee Fraktion* (RAF) von 1971 und einem Interview der Roten Zora von 1984 zu Wort, denen der Einspruch von Oskar Negt von 1972 gegenübergestellt wird. Ihre wohl bedeutsameren lateinamerikanischen Bezugspunkte, insbesondere die Schriften von Carlos Marighela, werden von der RAF zwar erwähnt, aber selbst nicht dokumentiert.

Die Auswahl der hier zusammengestellten Texte macht damit einen

willkürlichen, auch in der Einleitung kaum begründeten Eindruck. Der editorische Standard ist insgesamt unzureichend. Einem überaus ernsten Thema – der Frage, ob und wann Morde mit dem Ziel der Befreiung der Menschheit gerechtfertigt sein können – wird dieses im Grunde schlampige Verfahren in keiner Weise gerecht.

Reinhart Kößler

**Walter Eberlei (Hg.):
Zivilgesellschaft in Subsahara
Afrika. Wiesbaden: Springer
VS 2014, 250 Seiten**

Mit dem so genannten „Arabischen Frühling“ gelangte zivilgesellschaftliches Handeln in Afrika zunehmend in den Fokus der internationalen Öffentlichkeit. Aber nicht nur in Nordafrika lassen sich gesellschaftliche Dynamiken feststellen. Auch in Ländern Afrikas südlich der Sahara nimmt die Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle in politischen Prozessen ein. Als „wesentliche Katalysatoren für zivilgesellschaftliche Entfaltung“ sehen die Autor_innen des vorliegenden Bandes z.B. die medientechnologischen Revolutionen, eine zunehmende Urbanisierung und einen wachsenden Bildungsstand der Bevölkerung sowie die Herausbildung von Mittelschichten an (30). Der Sammelband stellt acht Beiträge zu Zivilgesellschaft(en) verschiedener afrikanischer Länder vorwiegend auf der Grundlage von Beobachtungen und Interviews mit Expert_innen (13) zusammen.

Das einleitende Kapitel des Herausgebers führt in die Begrifflichkeiten und Zielsetzungen des Buches ein. Die Debatten um den vielschichtigen Begriff Zivilgesellschaft, die insbesondere in den USA und Europa geführt wurden,

und seine theoretischen Verortungen (u.a. Alexis de Tocqueville, Antonio Gramsci, Jürgen Habermas) stellt der Autor sehr knapp dar und resümiert anschließend den Forschungsstand zu Zivilgesellschaft in Afrika. Seit den späten 1980er Jahren, so *Walter Eberlei*, werde auch in Afrika von Zivilgesellschaft gesprochen, wobei schnell der Eindruck entstehen könne, „Zivilgesellschaft in Afrika seien international geförderte NRO“ (4). Der Sammelband legt ein Verständnis von Zivilgesellschaft zugrunde, dass „über eine auf Organisationen begrenzte Perspektive hinausgeht und Zivilgesellschaft als öffentlichen politischen Raum fasst“ (9), zu dem Organisationen ebenso zählen wie soziale Bewegungen. Zielsetzung des Bandes, so der Herausgeber, sei es, „aufzuzeigen, dass zivilgesellschaftliche Einflussnahme möglich ist und was die Bedingungen für wirkungsvolle politische Arbeit sind“ (14).

Der Beitrag von *Peter Meyns* bietet eine illustrative Darstellung von politischen Entwicklungen in Sambia. Der Autor verweist insbesondere auf die *advocacy*- und *watchdog*-Aktivitäten der Zivilgesellschaft, deren Aktionsfeld jedoch nicht unangefochten bleibe (68f).

Wondwosen Teshome nimmt in seinem Beitrag über Äthiopien eine Unterteilung in traditionelle und moderne zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGO) vor. Erstere sind eher informelle Graswurzelorganisationen mit geringem Professionalisierungsgrad. Moderne ZGO dagegen wurden von europäischen Missionaren in den 1930er Jahren gegründet und umfassen insbesondere religionsbasierte Organisationen (77). Ab den 1950er Jahren gründeten sich Verbände von Student_innen, Lehrer_innen und

Anwält_innen, Vereinigungen von Bäuerinnen und Bauern oder von Nachbarschaften; ferner entstanden staatlich kontrollierte Jugend- und Frauenverbände (77f). Wichtige Erfolge von NROen lägen in den Bereichen Gesundheit, Nahrungsmittelsicherheit, Bildung, Katastrophenhilfe und Infrastruktur, wohingegen Organisationen, die sich kritisch mit der Politik auseinandersetzen unter starkem Druck standen (79). Da in der Zeit von Haile Selassie Parteigründungen verboten waren, wurden stattdessen z.T. zivilgesellschaftliche – insbesondere ethnisch-basierte – Organisationen ins Leben gerufen, die insgeheim politische Arbeit betrieben (82f).

Der Beitrag von *Karin Fiege* gibt eine Übersicht der politischen Entwicklung Mosambiks seit der Kolonialzeit sowie über internationale NROen und lokale zivilgesellschaftliche Organisationen. „Die Zivilgesellschaft hat sich in den Freiräumen entwickelt, die der Staat infolge des Krieges bzw. der erzwungenen Privatisierungen im Rahmen der Strukturanpassung hinterlassen hat“ (129). Dadurch dass sich zivilgesellschaftliche Organisationen einem Ministerium (z.B. Bildungs- oder Gesundheitsministerium) zuordnen müssen, sobald sie sich registrieren, wird deutlich, dass auch der Staat die ZGO eher als Dienstleister für bestimmte soziale Gruppen und weniger als unabhängig agierende politische Organisationen sehe (118).

Kurt Hirschler und *Rolf Hofmeier* befassen sich mit zivilgesellschaftlichem Engagement in Tansania. Tansania habe eine bis in die Kolonialzeit zurück reichende Tradition, in der soziale Bewegungen und Organisationen, z.B. Genossenschaften und Lehrerverbände, Träger

der Unabhängigkeitsbewegung waren (139). Die Autoren nehmen außerdem aktuelle Entwicklungen in der Politik in den Blick und verweisen auf die Unterschiede zwischen Stadt und Land, „die fast zwangsläufig zu einer beträchtlichen Distanz zwischen makropolitisch orientierten ZGO und weiten Teilen der Zivilbevölkerung führen“ (160).

Die bereits relativ lang existierende Zivilgesellschaft im Senegal behandelt der Artikel von *Christof Hartmann*. Der Autor beschreibt die zunehmende Unterdrückung der Zivilgesellschaft bis zu den Wahlen 2012 und geht dann auf den zivilgesellschaftlichen Erfolg beim Sturz von Präsident Abdoulaye Wade ein. Auch in diesem Beitrag wird auf die Diskrepanz zivilgesellschaftlicher Akteure auf dem Land und im urbanisierten Raum verwiesen. Im ländlichen Bereich seien insbesondere islamische Bruderschaften schon lange aktiv. Die Studierenden der Universität von Dakar wurden seit den späten sechziger Jahren zum Ausgangspunkt periodisch wiederkehrender Proteste, so der Autor, zuerst gegen die Alleinherrschaft der *Parti Socialiste* und später auch „gegen den klientelistischen Staatsapparat und die wachsende Perspektivlosigkeit junger Menschen“ (172).

Walter Eberlei und *Magdalene Pac* beschreiben drei Beispiele zivilgesellschaftlichen Handelns in Ghana, darunter die zentrale Rolle von zivilgesellschaftlichem Engagement bei Demokratischen Wahlen. Abschließend dokumentiert *Agnes Atia Apusigah* Frauenbewegungen in den westafrikanischen Ländern Ghana, Nigeria, Liberia und Sierra Leone.

Der Sammelband gibt einen Eindruck von einer Vielfalt zivilgesellschaftlicher

Aktivitäten im politischen Raum afrikanischer Länder. Die Beiträge zeichnen sich dabei durch ihre Aktualität, ihre Bandbreite und die kenntnisreiche Deskription zivilgesellschaftlichen Handelns anhand konkreter Länderfallstudien aus.

Anna Deutschmann

Sabine Speiser (Hg.): *¿Quién habla por quién? Representatividad y legitimidad de organizaciones y representantes indígenas. Un debate abierto*. Eschborn/Quito: GIZ/Abya Yala 2013, 259 Seiten

Indignität als Diskurs und seine politischen Manifestationen sind in den letzten Jahren, nicht zuletzt wegen der weltweiten Krisen und des Erstarkens alternativer politischer Projekte in Lateinamerika, die sich auf „indigene“ Traditionen berufen, zunehmend in den Fokus der multidisziplinären Forschung geraten. Prinzipien der UN-Deklaration über indigene Rechte von 2007 fließen verstärkt in Mechanismen lokaler Regierungen und internationaler Zusammenarbeit ein, erhöhen aber gleichzeitig die Notwendigkeit, legitime Ansprechpartner auf indigener Seite zu identifizieren.

Der vorliegende Sammelband wurde als beinahe komplett spanischsprachiges (die Zusammenfassungen der Beiträge gibt es auf Englisch) *Follow-up* einer deutschsprachigen Konferenz zum gleichlautenden Thema herausgegeben, die vom 23. bis 26. Mai 2013 in Bonn stattfand. Angesichts aktueller Debatten zu indigener Selbstbestimmung und Autonomie (z.B. Blaser u.a. 2010; de la Cadena & Starn 2007), und zwar nicht nur als kulturellem Faktor, sondern vor

allem als politischer Kraft – analog zu Art. 1 der beiden 1976 in Kraft getretenen Menschenrechtsabkommen: des *Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte* sowie des *Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte* –, erscheint dennoch erstaunlich, dass als Ansatz ein Zugang gewählt wurde, der per se schon die Fronten relativ klar absteckt.

Zentrales Thema der Tagung sowie des Buches ist nämlich die Suche nach „Repräsentativität“ (*representatividad*) und „Legitimität“ (*legitimidad*) indigener Organisationen und ihrer sogenannten RepräsentantInnen. Leider fehlt in der Einleitung eine genauere Bestimmung der Doppeldeutigkeit des Ausdrucks „legitimitad“ als „Gesetzmäßigkeit“ oder „Legitimität“ für den Kontext des Buches. Dieser Kontext wird bereits im Prolog deutlich, der das Buch in direkten Zusammenhang mit deutscher Auslandspolitik und -zusammenarbeit stellt: Mit wem haben staatliche und parastaatliche Agenturen zu tun, wenn sie mit Indigenen verhandeln? Wer sind deren „gültige“ VertreterInnen? (9).

Wenn nach „Legitimität“ gefragt wird, sollte man jedoch nicht die jahrhundertealte Realität unter den marginalisierenden Vorzeichen von zusammenhängender „Kolonialität und Modernität“ ausblenden, welche asymmetrische Beziehungen zwischen Indigenen und anderen Bevölkerungsgruppen bzw. der „modernen“ Welt inhärent reproduziert und perpetuiert. Entsprechende lebensweltliche Dimensionen von indigener Alltagserfahrung unter den Bedingungen von Modernität und Globalisierung, die wichtig wären für ein emisches Verständnis indigener Perspektiven, werden

aber in diesem Sammelband von Beginn an entweder konsequent ausgeklammert oder vorausgesetzt.

Drei fundamentale Charakteristiken des Buches seien an dieser Stelle genannt, welche je nach Gesichtspunkt als mehr oder minder problematisch aufgefasst werden können:

(1) Der Band zielt nicht auf eine transkulturelle Analyse der Begriffe und Konzepte von Repräsentativität im indigenen Kontext ab, weshalb z.B. Quellenangaben auf aktuelle anthropologische Forschung in diesem Bereich in allen Beiträgen beinahe gänzlich fehlen. Zumindest ein Text dazu wäre jedoch wünschenswert gewesen.

(2) Ferner geht es weitgehend in dem Sammelband mit Ausnahme des Beitrags von *Ampam Karakras* nicht darum, indigene Stimmen selbst zu Wort kommen zu lassen. Ebenso wenig wird außer im Artikel von *Philipp Altmann* deren Verständnis politischer nis im Rahmen historischer, epistemologischer oder soziologischer Kriterien nachgezeichnet oder kritisch analysiert. Dies wirft die Frage nach Repräsentation und Legitimation erst recht auf. Wer spricht hier eigentlich mit welcher Legitimation für wen? Wichtige Stimmen, die genau diese Möglichkeit des „Für-jemanden-Sprechens“ zwischen Marginalisierten und (zumeist europäisch gebildeten, weißen) RepräsentantInnen anzweifeln (z.B. Spivak 1988), bleiben daher ebenso unerwähnt. Stattdessen wird dokumentiert und relativ trocken beschrieben, wie sich Repräsentativität in verschiedenen Kontexten im Umgang mit indigenen Organisationen und VertreterInnen darstellt und berücksichtigt werden sollte.

(3) Die eigentliche Zielgruppe des Werkes scheinen primär Organisationen

wie die GIZ, aber auch lokale NGOs selbst zu sein. Dafür spricht, dass das Buch in Zusammenarbeit mit dem Verlag Abya Yala (Quito) herausgegeben wurde. Verschiedene Organisationen sollen lernen, wie Repräsentativität zielorientiert für Zusammenarbeit zwischen Indigenen und Geberorganisationen nutzbar gemacht werden kann. Getrübt wird dieser Eindruck durch einige Unschärfen, die dem insgesamt positiv zu bewertenden Anliegen des Bandes zuwider laufen. So ist etwa immer wieder von „den Indigenen“ die Rede, welchen bestimmte Charakteristika zugeschrieben werden. Der Beitrag von *Juliana Ströbele-Gregor* etwa extrapoliert diesen Ansatz bis zu einer Kritik am aktuellen Präsidenten Boliviens. Allerdings beziehen sich beinahe alle Texte hauptsächlich auf den andinen Raum, besonders auf Kolumbien, Ecuador, Peru und Bolivien. Dieses ausgedehnte geographische Gebiet umfasst eine Vielzahl von indigenen Völkern und (Sub-)Gemeinschaften, die nicht nur Eigenbezeichnungen haben, sondern auch regelmäßig kritisch auf den kolonialen Charakter der Fremd- und Sammelbezeichnung „Indigene“ hinweisen. Dies wäre gerade im Kontext einer Debatte um Repräsentativität und Legitimität mehr zu beachten gewesen. Demgegenüber fällt es bei der Lektüre manchmal schwer nachzuvollziehen, ob sich bestimmte Beiträge auf Bolivien allein, auf Bolivien und Ecuador, auf den gesamten andinen Raum, auf schlicht alle Indigene oder doch nur auf Hochlandindigene beziehen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, was „indigen“ eigentlich bedeutet und ein- bzw. ausschließt: Können auch Mestizen „Indigene“ sein und, falls ja, in welcher

Form? Wen repräsentieren „indigene“ VertreterInnen – wenn man das wesentliche Kriterium nicht näher erläutert?

Demzufolge ist der Sammelband zwar eine gelungene Einführung in die Prozesse, Eigendynamiken und Schwierigkeiten innerstaatlicher und transnationaler Kooperationsmechanismen und bietet dabei auch Einsichten in das Verständnis nicht-europäischer Auffassungen von Repräsentation. Allerdings bleibt einiges unbeantwortet, bzw. unhinterfragt stehen. Dennoch muss trotz dieser Kritik betont werden: Das Bemühen, aus überkommenen Wissenswelten im Rahmen der mächtigen „Kolonialität des Wissens“ herauszutreten und indigene Repräsentation tatsächlich von innen heraus zu verstehen, stellt einen überaus löblichen und sehr hilfreichen Ansatz dar. Dies weist in eine vielversprechende Richtung, in welcher sich zahlreiche neue Aufgaben eröffnen – auch und gerade für die Entwicklungszusammenarbeit.

Johannes Waldmüller

Literatur

- Blaser, Mario; Ravi de Costa; Deborah McGregor & William D. Coleman (Hg.) (2010): *Indigenous Peoples and Autonomy: Insights for a Global Age*. Vancouver.
- de la Cadena, Marisol, & Orin Starn (Hg.) (2007): *Indigenous Experience Today*. Oxford & New York, NY.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1988): „Can the Subaltern Speak?“ In: Nelson, Cary, & Lawrence Grossberg (Hg.): *Marxism and the Interpretation of Culture*. Chicago, S. 271-313.

Gundi Dick: *Eine Hand allein kann nicht klatschen. Westsahara – mit Frauen im Gespräch*. Wien: Löcker 2014, 174 Seiten

Die vorliegende Studie über sahrauische Frauen und die Kämpfe der Sahrauis für nationale Befreiung ist in zweierlei Hinsicht ein lesenswertes Lehrstück: Einmal zeigt sie, wie eine westliche Feministin ihre Forschungsfragen über Bord werfen muss, wenn sie die „anderen“ reden lässt und selbst zuhört. Zum zweiten geht die Autorin der Frage nach, was die politische Handlungsfähigkeit, die Stärke, die Widerstandskraft von Frauen in einem spezifischen Kontext konstituiert, wo zu befürchten ist, dass sie längst gebrochen wurde. Denn diese Frauen wurden verschleppt und schwer gefoltert, sind mehrmals geflohen, müssen oft in Abwesenheit der Männer soziales Leben und Überleben in der Wüste organisieren, wo ohne Hilfe von außen kaum Leben möglich ist, sind heftigen Repressionen in marokkanisch besetzten Gebieten oder aber nach der Migration schwierigen Umständen in der Fremde ausgesetzt. Die sahrauischen Frauen protestieren und kämpfen seit Jahrzehnten gegen das marokkanische Unterdrückungsregime, sie führen Regie im Alltag, im Haus oder Zelt und beim Aufbau der Selbstverwaltungsstrukturen in den Camps. Trotzdem sind sie von Geschlechtergleichheit in der politischen Führung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara weit entfernt. Im Kampf brechen sie konventionelle Geschlechterrollen auf – „wir waren Mann und Frau in einem“ –, füllen aber trotzdem innerhalb ihrer patriarchalen Kultur stereotyp weibliche Rollen aus.

Gundi Dick forscht, um diese Widersprüchlichkeiten und die anhaltende Stärke der Frauen zu ergründen. Im westlich-feministischen Verständnis zielt Handlungsmacht sich emanzipierender Frauen auf die Veränderung von Geschlechternormen. Das aber fand die österreichische Forscherin bei den Sahraui-Frauen nicht wieder. Ihre Fragen nach weiblicher Selbstbestimmung und dem Verhältnis von Frauen- und nationaler Befreiung gingen ins Leere. Dick gab daraufhin ihre westlich-normativ geprägten Vorannahmen und Interviewfragen auf und folgte methodisch zum einen Forscherinnen wie Saba Mahmood, die weibliche Handlungsfähigkeit situativ und relational im jeweiligen Kontext deutet, zum zweiten folgt sie Gayatri Spivak und lässt zehn Frauen und einen Mann reden: ihre eigenen Biographien, die eigenen Narrative, Diskurse und Verständnisse von Handlungsmacht in dem spezifischen politischen und historischen Kontext.

Nicht das Individuum, sondern das Kollektiv und nationale Selbstbestimmung sind für die Sahraui-Frauen der wichtigste Referenzpunkt. Das begründet die absolute Priorität des Kampfs für national-staatliche Unabhängigkeit und den Aufbau einer eigenen Gesellschaft, wobei dem Islam keine Bedeutung zukommt. „Individuelle Freiheit heißt für mich, ich kann nicht frei sein, wenn nicht auch andere frei sind [...] ich stelle mir ein Land vor, wo die, die nicht die Freiheit haben, hinkommen können.“ Männer, die gleichermaßen kolonial unterdrückt sind, werden als Kampfgefährten gesehen, Geschlechterrollen gelten als komplementär und gleichwertig. So finden sich in den Selbstdarstellungen der Frauen Muster

und Harmonisierungen aus anderen nationalen Befreiungskämpfen wieder, einschließlich des Topos, dass jetzt keine Zeit für Geschlechterkonflikte sei. Sowohl die Perspektive eines bewaffneten Kampfes wie auch die Hoffnungen auf staatliche Souveränität, Demokratie und Frieden werden romantisiert.

Zwar geht die Stärke der Frauen auch auf ihre früher nomadische Existenzweise zurück. Doch Handlungsfähigkeit beziehen sie vor allem aus dem Widerstand gegen die Unterdrückung durch die Kolonialmacht Marokko. Handlungsmacht ist somit ein Reflex auf die erlittene Gewalt und Repression. Sie wird vermittelt über das Kollektiv der „Frauenunion“. Ihre Emanzipation und Freiheit sehen die Frauen darin, sich zur Wehr zu setzen und zukunftsorientiert „unsere Gesellschaft“ aufzubauen. Verwundert fragen sie deshalb, warum andere Frauen sich nicht gegen ihre jeweilige Unterdrückung wehren.

Die Leistung der Studie von Gundi Dick besteht darin, aufzuzeigen und zu akzeptieren, dass Freiheit, Autonomie, *Empowerment*, Emanzipation und auch Handlungsmacht Containerbegriffe sind, die in jeweiligen historischen und kulturellen Kontexten anders gefüllt werden.

Christa Wichterich

Karin Hostettler & Sophie Vögele (Hg.): *Diesseits der imperialen Geschlechterordnung. (Post-)koloniale Reflexionen über den Westen*. Bielefeld: transcript 2014, 322 Seiten

Die Herausgeberinnen des vorliegenden Sammelbandes formulieren den Anspruch ihrer Intervention als einen Dreischritt. *Erstens* wollen sie auf der

akademischen Ebene der *Gender Studies* postkoloniale Perspektiven stärker integrieren, *zweitens* soll auf der empirischen Ebene die „rassifizierende Normativität“ von Geschlecht und Sexualität untersucht und *drittens* auf der theoretischen Ebene die „implizite Norm der weißen Gender Studies“ destabilisiert werden (8). Die analytische Richtung dieser Schritte ist nach dem Vorbild der Okzidentalismuskritik und der kritischen *Whiteness Studies* auf das „diesseits“ gerichtet, das als Platzhalter für die konstitutive Verflochtenheit des „Westens“ in die „imperiale Geschlechterordnung“ fungiert.

Für die *Gender Studies* im deutschsprachigen Raum ist eine solche konzertierte Intervention längst überfällig und damit schon allein als Debattenaufschlag relevant. Entstanden im Kontext des *Gender-Studies*-Graduiertenkollegs an der Universität Basel versammelt die Anthologie zehn Einzelbeiträge deutschsprachiger Autorinnen so unterschiedlicher Disziplinen wie Erziehungswissenschaften, Philosophie, Kunst und Geschichte. Trotz der weitestgehend guten Qualität der Einzelbeiträge erweist sich jedoch die Klammer Geschlecht, postkoloniale Kritik und das „diesseits“ der „imperialen Geschlechterordnung“ als zu locker, um die analytischen Gewinne des Gesamtwerks deutlich hervorzuheben.

Das betrifft, *erstens*, die Integration postkolonialer Perspektiven in die *Gender Studies*. Positiv hervorzuheben ist hier vor allem der Beitrag von *Martina Tißberger*. Die Autorin entlarvt in ihrer Auseinandersetzung mit der Freud'schen Psychoanalyse nicht nur das triebhafte „Es“ als „rassistisch und sexistisch durch Primitivität codiert“ (130), sondern liest die Analyse des Phallus auch in Bezug auf die Infragestellung

von Freuds eigener jüdischer Männlichkeit, die in antisemitischen Diskursen über die Juden als „Kolonisierte(n) innerhalb Europas“ (152) als beschnitten und verweiblicht degradiert wurde. Vor diesem Hintergrund dekonstruiert sie die psychoanalytische Abjektionstheorie der in feministischen Debatten einflussreichen Julia Kristeva, und führt damit exemplarisch vor, wie zentrale Theorien der *Gender Studies* durch postkoloniale Perspektiven herausgefordert werden.

Insgesamt mangelt es den Beiträgen in diesem Hinblick jedoch an der Rezeption der zum Teil weiter fortgeschrittenen, internationalen Forschungsliteratur. Besonders augenfällig ist das bei dem Beitrag von *Franziska Schutzenbach*. Die Autorin nimmt zwar den Fertilitätsdiskurs der WHO und den darin propagierten „(hetero-) normativen, weiblichen und genuin europäischen ‘Gattungs-Auftrag’“ (72) gekonnt auseinander, jedoch ohne auf das dafür hochrelevante Werk *Race and the Education of Desire* von Ann-Laura Stoler (London 1995) einzugehen, deren postkoloniale, geschlechterkritische Lesart von Michel Foucaults *Geschichte der Sexualität* bereits vor zwei Jahrzehnten die diskursive Kontrolle weißer weiblicher Sexualität als konstitutiv für koloniale Grenzziehungen beschrieben und damit einen theoretischen Rahmen für die Verflochtenheit von Geschlecht und Rasse geliefert hatte.

Zweitens hat der Band das Ziel, die Verquickung von Geschlecht, Sexualität und Rasse empirisch zu untersuchen. Gut gelingt das immer dann, wenn die Autorinnen historisch, kultur- oder literaturwissenschaftlich vorgehen. Eindrücklich zeichnet etwa *Kristiane Gerhardt* die historischen; kolonialen

Strukturen Europas anhand der Ausgrenzung des Judentums nach. Diese erfolgte im Königreich Bayern des 19. Jh. über eine Zivilisierungsmission, welche die jüdische Kultur als „antik-orientalisch“ (106) und damit für eine Kultivierung hinderlich zeichnete und von einer inner-jüdischen Bewegung der „Selbstemanzipation“ (113) begleitet wurde, die ein neues bürgerliches Männlichkeitsideal im Gegensatz zu rabbinischen Männlichkeitsnormen als fortschrittlich konstituierte. Auch wenn ihre Analyse im Hinblick auf die Konstruktion von Männlichkeiten ausbaufähig ist, leistet Gerhardt einen wichtigen Beitrag dazu, der jüdischen Geschichte einen festen Platz in der postkolonialen Erforschung von imperialen Geschlechterordnungen einzuräumen.

Dahingegen bleibt der Artikel von *Patricia Baquero Torres* und *Frauke Meyer* über „koloniale Muster geschlechtsspezifischer Berufsorientierung“ hinter dem empirischen Anspruch des Bandes zurück: Anhand von nur zwei Interviews illustrieren sie die rassifizierte Codierung von Pflegekräften, nach denen als asiatisch markierte Frauen als geeignete Pflegekräfte im Gegensatz zu „Schwarzem“ Pflegepersonal ausgewiesen werden. Fast schon ärgerlich angesichts der eher anekdotischen Empirie erscheinen die „persönlichen Assoziationen“ (167) der Künstlerin *Angelika Böck*: Die Autorin führt in ihrer Versuchsanordnung die im Jemen und in Deutschland unterschiedlichen Reaktionen auf ihr verschleiertes Selbst auf die Unterschiede zwischen einer „östlichen“ und „westlichen“ Vorstellungskraft zurück und konterkariert damit ihr eigenes postkoloniales Selbstverständnis (178).

Drittens verfolgen die Herausgeberinnen die Prämisse, die Theoriebildung der *Gender Studies*, die vorrangig im „dies-seits“ vonstattengeht und folgerichtig implizit „weiße“ Normen reproduziert, zu destabilisieren. Mit *Gabriele Dietze* haben sie eine prominente Vertreterin der Okzidentalismuskritik gewinnen können, die unterschiedliche Spielarten des „feministischen Orientalismus“ historisch erläutert und entsprechende Blindstellen aktueller radikaler Feminismen aufdeckt. Zur Vermeidung dieser Fallstricke verweist sie allerdings nur im Schlusswort relativ vage auf die Notwendigkeit eines „transnationalen und transkulturellen Feminismus“ (268), der die Überschneidung unterschiedlicher Hegemonien in den Blick bekommen soll.

Mit dem tatsächlichen Aufgreifen solcher transnationaler, feministischer Stimmen tun sich jedoch die meisten Autorinnen schwer. Allein *Franziska Dübgen* geht in ihren Überlegungen zu internationaler feministischer Solidarität kurz auf „alternative Wissensarchive des Feminismus“ (289) ein, ohne jedoch weitergehende Schlussfolgerungen für die feministische Theoriebildung daraus zu ziehen. Ähnlich wie *Karin Hostettler* in ihrem philosophischen Plädoyer für eine Kritik „von innen heraus“ (237) und *Andrea Maihofer* in ihrem Insistieren auf „Hegemonie(selbst)kritik“ verweist sie auf die Notwendigkeit einer „reflexiven Solidarität“, die mit Gayatri Spivak von der Unmöglichkeit einer „einfachen Umkehrung der Blickweisen“ ausgeht (299).

Als engagierter, deutschsprachiger Aufruf zur feministisch-postkolonialen Selbstreflexion über imperiale Geschlechterordnungen hat dieser Sammelband durchaus einen wichtigen

Stellenwert, und je nach Fachgebiet ist die Lektüre einzelner Beiträge auch zu empfehlen. Insgesamt aber bleibt das Buch hinter seinen Ansprüchen zurück, eine empirisch unterfütterte Revision der *Gender Studies* aus postkolonialer Perspektive auch auf theoretischer Ebene zu unternehmen. Hierzu hätte frau sich mehr und bessere Empirie gewünscht, mehr Bezug auf unterschiedliche feministische Archive und mehr Rezeption vorhandener internationaler Forschung. Sonst läuft ein solches Projekt Gefahr, vor lauter Kritik „von innen heraus“ nur im eigenen Saft zu schmoren.

Ruth Streicher

Patrick Eser: *Fragmentierte Nation – globalisierte Region? Der baskische und katalanische Nationalismus im Kontext von Globalisierung und europäischer Integration*. Bielefeld: transcript 2013, 535 Seiten

Für die separatistischen Bewegungen in der Europäischen Union wird 2014 zu einem wichtigen Jahr. Schottland und das spanische Katalonien haben angekündigt, die Bevölkerung über eine mögliche Unabhängigkeit ihrer Region vom übergeordneten Nationalstaat abstimmen zu lassen. Die Gründe für eine Abspaltung sind vielfältig und oftmals historisch gewachsen. Vor allem aber sind sie gerade in der aktuellen Krise der EU von ökonomischer Natur, da von einer politischen Unabhängigkeit ein wirtschaftlicher Vorteil erwartet wird. Wenn man den Blick auf den europäischen Raum wirft, sticht Spanien mit seiner Vielzahl an peripheren nationalen Konflikten heraus. Neben Katalonien existieren in noch zwei

weiteren peripheren Regionen seit Jahrzehnten starke Nationalbewegungen: im Baskenland und in Andalusien. Obwohl in den Zeiten der Globalisierung und des europäischen Integrationsprozesses die nationalen Grenzen in der Europäischen Union mehr und mehr in die Hintergrund treten, können sich die nationalen Bewegungen mit ihrer Forderung nach Eigenstaatlichkeit als politische Akteure behaupten und sogar an Bedeutung gewinnen. So stellt sich gerade in Spanien, das bis zur Krise 2009 als Musterland des europäischen Integrationsprozesses galt, die Frage, wie die „Nationalbewegungen die jüngsten sozialen und politischen Veränderungen [...] wahrnehmen, bestimmen und diese Zeitdiagnosen in ihren politischen Diskurs einfügen“ (21) und ob sich ihre „Programmatik [...] unter den Bedingungen der erhöhten Standortkonkurrenz modifiziert und zunehmend an der wettbewerbsregionalistischen Entwicklungsstrategie orientiert“ (21).

Dieser Frage geht Patrick Eser am Beispiel der baskischen und der katalanischen Nationalbewegung nach. Er legt dabei eine eindrucksvolle diskursanalytische Topographie der beiden Nationalbewegungen vor. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Untersuchung exogener Einflüsse auf die beiden nationalen Konflikte.

Das Buch kann grob in zwei große Teile unterteilt werden. Dabei stellt der erste und kleinere Teil die theoretischen, methodischen und historischen Grundlagen für den zweiten Teil der diskursanalytisch ausgerichteten, empirischen Untersuchung vor. Der Autor beginnt mit der Bestimmung des Globalisierungsbegriffes, den er als „zeitdiagnostische Kategorie“ (26) konzeptualisiert, der

„die lokalen Auswirkungen der weltumspannenden Globalisierungsprozesse betont, ohne jedoch zu vernachlässigen, dass lokale Netzwerke und lokales Handeln die Grundlage für die Herausbildung transnationaler Verflechtungen sind“ (31). So erscheint Globalisierung als Gesamtheit von Prozessen „sozial-räumlicher Transformation“ (37), die „nur teilweise einer globalen Logik folgen und die von der lokalen Politik und den Logiken (sub-)nationaler Institutionen mitgestaltet werden“ (37). Eser skizziert den Begriff dabei mit Blick auf die Konstituierung der Region und der Nationalbewegungen, wobei er den Prozess der Globalisierung als einen hauptsächlich ökonomischen versteht. Ebenso detailliert arbeitet er die Kontextbedingungen für die „jüngsten Entwicklungen des peripheren Nationalismus“ heraus. Hierbei bedient er sich eines regulationstheoretischen geographischen Analyseansatzes, um die „Etablierung des spezifischen Typs der postfordistischen Wettbewerbsstaatlichkeit“ (79) auf der europäischen wie subnationalen Ebene zu rekonstruieren, vor dessen Hintergrund sich die Region, mit ihren verschiedenen „Realitätsdimensionen“ (112) konstituiert. In Anlehnung an Antonio Gramsci versteht er die Region als Territorialeinheit „in ihrer institutionalisierten Struktur und Funktionsweise als regionaler erweiterter Staat“ (112). Sie verfügt trotz aller Abhängigkeit vom übergeordneten Nationalstaat über eine „gewisse Autonomie“ (113) und ist als „eigenständiges politisches Regulationsgefüge in seiner Ausgestaltung umkämpft“ (113).

Auch die historische Darstellung der beiden Konflikte ist sehr detailreich. Von der „schwierigen Geburt

des spanischen Nationalstaates“ (120) über den spanischen Bürgerkrieg und die Franco-Diktatur bis zu den jüngsten Entwicklungen arbeitet der Verfasser die verschiedenen und prägenden historischen Phasen des baskischen und des katalanischen Nationalismus heraus. Das Kernstück des Buches ist die profunde Analyse der „programmatischen Diskurse der beiden Nationalbewegungen seit dem Eintritt Spaniens in die EG“ (179). Anhand der vier Themenfelder Einwanderung, Europakonzeptionen, Politökonomische Perspektiven und der eigenen nationalen Identität im Kontext der Globalisierung zeichnet der Autor die diskursiven Entwicklungen der Nationalbewegungen nach und zeigt auf, dass diese sich im Laufe ihrer Etablierung als „politische Faktoren [...] in mehrere ideologische Strömungen und Parteien“ (460) ausdifferenziert haben. Dabei haben sich jedoch in beiden Nationalbewegungen hegemoniale Mehrheitsflügel mit einem „Selbstverständnis... als politischer Unternehmer“ (305) herausgebildet. Diese handeln nach einer wettbewerbsregionalistischen Logik. So sind bspw. parteienübergreifend „positive Einstellungen gegenüber der Einwanderung“ (215) in beiden Nationalbewegungen erkennbar, welche sich jedoch stark in ihren Inklusionsforderungen und den damit verbundenen kulturnationalistischen Ängsten voneinander unterscheiden. Begründet werden diese Einstellungen mit den „positiven Effekten der Einwanderung [...] auf die regionale Demographie und Wirtschaftsstrukturen“ (244). Ein ähnliches Bild zeigt sich in der Europakonzeption und den damit gekoppelten Strategien der Eigenstaatlichkeit. „Europa war und ist für beide Bewegungen Referenzpunkt

und zugleich Projektionsfläche [...], das auf der Negativfolie des spanischen Staates als reizvolle politische Alternative erscheint“ (251). Jedoch variieren die Vorstellungen einer nationalen Emanzipation im Rahmen der neuen Staatlichkeit Europas ebenso wie die allgemeine „Einschätzung und Bewertung des konkreten europäischen Integrationsprozesses“ (300). Hier ist es vor allem der moderate Flügel der Mehrheitsparteien, welcher mit seinem Konzept eines Europas als „post-souveränistisches Institutionengefüge“ (461) das klassische Konzept der nationalen Souveränität in Frage stellt.

So kommt Eser zur Einschätzung, dass sich in den Nationalbewegungen eine „neue Variante von nationaler Ideologie herausgebildet hat, deren ökonomischer Kern in der wettbewerbsregionalistischen Entwicklungsstrategie besteht“ (459). Die Konstruktion der Nation wird unter ökonomischen Vorzeichen neu interpretiert, womit von der nationalen Schicksalsgemeinschaft „verstärkt das Opfer zu Gunsten des nationalen ökonomischen Akkumulationsmodells und dessen Position im globalen ökonomischen Raum gefordert“ (ebd.) wird. Dieses hegemoniale Modell des peripheren Entwicklungsnationalismus stellt „die erfolgreiche Reformulierung des programmatischen Diskurses der Nationalbewegungen im Kontext des globalen Standortwettbewerbs und der neoliberalen Globalisierung“ (464) dar. Insgesamt stellt Eser fest, dass die Nationalbewegungen „durch eine innere Heterogenität und den Parallelismus von Traditionalität und Modernität gekennzeichnet ist“ (460). Dabei hat sich das hegemoniale Modell des peripheren Entwicklungsnationalismus herausgebildet.

Dem Autor gelingt es, die Modifizierungen und Fortentwicklungen des regionalen Selbstverständnisses seit Beginn der 1970er Jahre darzustellen und die auf den Diskurs einwirkenden exogenen Faktoren aufzuzeigen. In der methodisch hervorragenden Arbeit zeichnet Eser die Verschiebungen des Diskurses innerhalb der vier Diskursfelder nach und macht deutlich, wie sich der periphere Entwicklungsnationalismus diskursiv durchsetzte. Dabei betrachtet er nicht nur die verschiedenen politischen Flügel der Nationalbewegungen, sondern zeigt auch Klassenallianzen auf, welche zur hegemonialen Durchsetzung von Diskurspositionen nötig waren. Daher findet die Diskursanalyse nicht in einem luftleeren Raum statt, sondern wird an materielle Interessen und Strategien der sozialen Akteure rückgebunden. Gleichzeitig macht der Verfasser deutlich, dass Nationalbewegungen keine homogenen Akteure, sondern in „ideologische Strömungen und politische Flügel fragmentiert“ (472) sind und damit einen hochkomplexen Untersuchungsgegenstand der sozialwissenschaftlichen Forschung darstellen. Seine beeindruckende Studie über die programmatische Entwicklung der baskischen und der katalanischen Nationalbewegung leistet schon allein aufgrund ihrer Detailfülle einen wichtigen Forschungsbeitrag.

Felix Syrovatka

Jan Bartelson: *Sovereignty as Symbolic Form*. London & New York, NY 2014, vii+126 Seiten

Es dürfte unschwer einsichtig sein, dass Souveränität eine fundamentale Kategorie moderner Politik und in vieler Hinsicht den Kern moderner Staatlichkeit

darstellt. Jan Bartelson – ausgewiesen durch eine Reihe früherer einschlägiger Beiträge – nimmt die aus der Durchsicht essentialistischer und nominalistischer Ansätze deutlich werdende Flexibilität, ja Modellierbarkeit des Begriffs zum Ausgangspunkt seiner These, Souveränität sei „eine symbolische Form, durch die man im Westen die politische Welt in der Moderne wahrnehmen und organisiert hat“ (13f). Damit ist eine tiefe philosophische und erkenntnistheoretische Tradition angesprochen, die aber auf dieser Ebene nicht weiter erörtert wird. Vielmehr folgt aus dieser Positionierung die brisante Einsicht, dass dieser Sachverhalt zugleich Grundlage „regelloser Neudefinitionen von Souveränität“ sei, die eben zum Ausdruck brächten, dass „Souveränität im Grunde das ist, was wir daraus machen“ (69).

Der Autor begründet diese Perspektive mit einem knappen, informativen Rückblick auf Souveränitätskonstruktionen im Verlauf der Geschichte der politischen Theorie: Neben der durchgängig zentralen Rolle der Geometrie arbeitet er die Dimensionen der Unteilbarkeit der Souveränität als Grundlage für die Rechtspersönlichkeit des Staates wie auch der Pluralität der Souveräne auf dem sphärisch wahrgenommenen Globus heraus. Damit ist freilich noch nichts zur Legitimität derer gesagt, die Souveränität beanspruchen. Die Bescheidung mit der Sicht auf Souveränität als symbolische Form erlaubt es, einer normativen Überfrachtung, etwa im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Nationen oder demokratischer Institutionen auszuweichen. Wie sich zeigt, ist dies keineswegs gleichbedeutend mit der Preisgabe einer kritischen Perspektive, gerade weil es „keinen Grund

dafür gibt, eine derartige Kongruenz zu unterstellen“ (31).

Die Theoriebildung des 20. Jahrhunderts mit Antagonisten vom Range von Hans Kelsen, Carl Schmitt oder Hans J. Morgenthau belegt die Bedeutung des Begriffs der Souveränität, aber auch die schier unüberwindlichen Schwierigkeiten, ihn dingfest zu machen. Dies gilt zumal auf der zwischenstaatlichen Ebene, da Souveränität „sowohl eine abhängige Variable als auch ein konstitutives Prinzip des internationalen Systems ist“ (50). Dies zeigt sich gerade in essentialistischen Begriffsstrategien, wo „die Norm der Souveränität nutzbar gemacht werden kann, um die Tatsache der Souveränität zu rechtfertigen und umgekehrt“ (48). Neuerdings wird dagegen argumentiert, dass mit den Veränderungen von Staatlichkeit, der „Erosion staatlicher Kontrolle über Märkte und Gesellschaften“ (54), auch Souveränität einem deutlichen Wandel unterliege. Die Betonung der „Kontingenz der Souveränität“ (57) wird weiter verstärkt durch den *linguistic turn* in den Sozialwissenschaften, der freilich nicht von der Notwendigkeit entbindet, „zu vermitteln, wovon man spricht“ (62), d.h. eine Minimaldefinition zu geben, und damit auf den misslichen Ausgangspunkt zurückführt. Auf die begrifflichen Spannungen führt Bartelson den von ihm diagnostizierten „Fetischismus“ des Souveränitätskonzeptes, seine Verdinglichung zurück – ideologiekritisch folgenreich, da dieser Begriff weniger „partikuläre Souveränitätsansprüche“, als vielmehr „das internationale System“ legitimiere, „innerhalb dessen diese Ansprüche mit Sinn erfüllt werden“ (63).

Damit ist der Blick auf einen „globalen Zusammenhang“ (69) eröffnet,

den es für die bestehenden Theorien des internationalen Systems als „Kategorie *sui generis*“ (74) erst noch zu erfassen gilt. Ausgehend von der Annahme, dass die „territoriale Differenzierung“ dieses Systems durch eine „funktionale Differenzierung“ ersetzt werde (74) und unter Bedingungen der „Gouvernementalisierung des Staates“ (75) sieht Bartelson die Herausforderung darin, „zu untersuchen, welche Auswirkungen veränderliche gouvernementale Strategien auf Souveränität haben“ (77). Die „subtile Veränderung im ontologischen Status der Staaten und der Funktionsweise des internationalen Systems“ (78) lässt sich dann aus der Perspektive einer kritischen Lesart der Theorie vom demokratischen Frieden vor allem am neuen Interventionismus erkennen, an den Bestrebungen zur „Wiederherstellung der Souveränität“ mit zusammengebrochenen oder zerrütteten „Autoritätsstrukturen“ (79). In dieser Weise habe das Prinzip der *Good Governance* die Doktrin der Nicht-Intervention auch auf der Ebene der UN untergraben. Als „die vielleicht umfassendste Strategie zur Gouvernementalisierung von Souveränität“ erweise sich das Prinzip der *Responsibility to Protect*, das zur „Blaupause einer globalen politischen Ordnung“ geworden sei (82). Aus dieser Sicht erscheint Souveränität nicht mehr als „höchste innere Autorität“, sondern „wird nur noch indirekt gewährt“ (84) auf der Grundlage „ihres verantwortungsvollen Gebrauchs ... unter der Aufsicht einer Vielzahl globaler Institutionen der Governance“ (87). Bartelson übersieht dabei nicht, dass die „Aufrechterhaltung der Voraussetzungen innerer Souveränität“ (86) zugleich als Garantie für autoritäre Regime wirkt. Die so konstituierte „dezentralisierte

Autoritätsstruktur“ komme dem Konzept des Imperiums nahe (88), und dementsprechend ließen sich Abweichungen von der „symbolischen Form der Souveränität“ als „barbarisch, wild und unzivilisiert“, als das „neue Andere von internationalem Recht und internationaler Ordnung“ identifizieren und damit zu „legitimen Zielen ungehemmter und außerrechtlicher Gewaltanwendung“ definieren (89).

Diese ebenso handfeste wie zutiefst ernüchternde Schlussfolgerung aus einer zunächst scheinbar höchst abstrakten theoretischen Überlegung führt Bartelson schließlich zu der Frage nach noch verbleibenden Ressourcen und Formen des Widerstandes in einer Lage, in der „demokratische Standards der Legitimität einen Großteil ihres emanzipatorischen Potenzials eingebüßt haben“. Hoffnung macht sich für ihn an der „Option“ fest, „Formen menschlicher Assoziation wiederzubeleben und mit neuer Kraft zu erfüllen, die sich der symbolischen Form der Souveränität nicht angleichen lassen“. Er sieht diese in „Formen der Gemeinschaft, die einmal die Auferlegung staatlicher Autorität an den Rändern des internationalen Systems nahezu unmöglich gemacht haben“ – ein Aufruf, „wenn nicht buchstäblich, so doch metaphorisch in die Berge zu gehen“ (103). Der Verweis auf die von James Scott in Südostasien analysierten Widerstandsformen kann auch als Indikator für die Schwierigkeiten gelten, die mit diesem Ratschlag verbunden sind, oder auch für das Ausmaß der Skepsis, zu der angesichts der von Bartelson vorgelegten Analyse aller Anlass besteht.

Reinhart Kößler

Eingegangene Bücher

- Alao, Abiodun: *Mugabe and the Politics of Security in Zimbabwe*. Montreal, Quebec: McGill-Queen's University Press 2012, 312 S.
ISBN: 9780773540446
- Akawa, Martha: *The Gender Politics of the Namibian Liberation Struggle*. Basel: Basler Afrika Bibliographien 2014, 230 S.
ISBN: 9783905758269
- Anievas, Alexander; Nivi Manchanda & Robbie Shilliam (Hg.): *Race and Racism in International Relations. Confronting the Global Colour Line*. Abingdon (Oxon): Routledge 2015 (= Interventions), 218 S.
ISBN: 9780415724357
- Bratton, Michael: *Power Politics in Zimbabwe*. Boulder, CO: Lynne Rienner Publishers 2014, 281 S.
ISBN: 9781626370760
- Crais, Clifton; Thomas V. McClendon (Hg.): *The South Africa Reader. History, Culture, Politics*. Durham, NC: Duke University Press 2013, 624 S.
ISBN: 9780822355298
- Dannecker, Petra, & Birte Rodenberg (Hg.): *Klimawandel, Umwelt und Geschlechterverhältnisse im Wandel – neue interdisziplinäre Ansätze und Perspektiven*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2014 (= Forum Frauen- und Geschlechterforschung, Bd. 40), 227 S.
ISBN: 9783896912404
- Fink, Michaela, & Reimer Gronemeyer (Hg.): *Afrikanische Kindheiten. Soziale Elternschaft und Waisenhilfe in der Subsahara*. Bielefeld: transcript 2014, 266 S.
ISBN: 9783837629385
- Gieler, Wolfgang (Hg.): *Entwicklungspolitik im europäischen Vergleich. Baltische Staaten, Bulgarien, Irland, Italien*. Berlin: WvV 2014 (= Entwicklungsforschung – Beiträge zu interdisziplinären Studien in Ländern des Südens, Bd. 16), 120 S.
ISBN: 9783865738141
- Haferburg, Christoph; Marie Huchzermeyer (Hg.): *Urban Governance in Post-apartheid Cities. Modes of Engagement in South Africa's Metropolises*. Stuttgart: Schweizerbart 2014 (= Urbanization of the Earth, Bd. 12), xiv + 337 S.
ISBN: 9783443370152
- Haug, Frigga; Wolfgang Fritz Haug & Peter Jehle (Hg.): *DAS ARGUMENT, Nr. 309: Kritisch-literarische Praxis*. Hamburg: Argument-Verlag 2014, x + 150 S.
ISSN: 0004-1157
- Haug, Frigga; Wolfgang Fritz Haug & Peter Jehle (Hg.): *DAS ARGUMENT, Nr. 310: Kriegsszenarien*. Hamburg: Argument-Verlag 2014, x + *x + 156 S.
ISSN: 0004-1157
- Leubolt, Bernhard: *Transformation von Ungleichheitsregimes. Gleichheitsorientierte Politik in Brasilien und Südafrika*. Wiesbaden: Springer VS 2015 (= Globale Politische Ökonomie), 406 S.
ISBN: 9783658073619
- Madhok, Sumi: *Rethinking Agency. Developmentalism, Gender and Rights*. Abingdon (Oxon): Routledge 2013, 237 S.
ISBN: 9780415811927
- Melber, Henning: *Understanding Namibia. The Trials of Independence*. London: Hurst 2014, 300 S.
ISBN: 9781849044110
- Meyiwa, Thenjiwe; Muxe Nkondo; Margaret Chitiga-Mabugu; Moses Sithole & Francis Nyamnjoh: *State of the Nation: South Africa 1994-2014. A twenty-year review of freedom and democracy*. Cape Town: HSRC 2014, 528 S.
ISBN: 9780796924612
- Mlambo, Alois S.: *A History of Zimbabwe*. Cambridge: CUP 2014, 306 S.
ISBN: 9781107684799
- Müller, Frank: *The Global City and its Order. Decentering Urban Informality in and from Mexico City*. Berlin: edition tranvia 2014 (= Fragmentierte Moderne in Lateinamerika, Bd. 17), 355 S.
ISBN: 9783938944882
- Müller, Franziska; Elena Sondermann; Ingrid Wehr; Cord Jakobeit & Aram Ziai (Hg.): *Entwicklungstheorien. Weltgesellschaftliche Transformationen, entwicklungspolitische Herausforderungen, theoretische Innovationen*. Baden-Baden: Nomos 2014 (= PVS-Sonderheft, Nr. 48), 521 S.
ISBN: 9783848708444
- Neubert, Dieter; Christine Scherer: *Agency and Changing World Views in Africa*. Münster: Lit 2014 (= Beiträge zur Afrikaforschung, Bd. 40), 176 S.
ISBN: 9783643902368
- Öhm, Manfred: *War and Statehood in Southern Sudan*. Baden-Baden: Nomos Bloomsbury 2014, 235 S.
ISBN: 9783848718436
- Rahman, Md Mizanur; Tan Tai Yong & AKM Ahsan Ullah (Hg.): *Migrant Remittances in South Asia. Social, Economic and Political Implications*. Basingstoke (Hampshire): Palgrave-Macmillan 2014 (= International Political Economy Series), 328 S.
ISBN: 9781137350794
- Reiter, Bernd; Oslender Ulrich (Hg.): *Bridging Scholarship and Activism. Reflections from the Frontlines of Collaborative Research*. East Lansing, MI: MSU Press 2015 (= Transformations in Higher Education), 228 S.
ISBN: 9781611861471
- Rupiya, Martin R. (Hg.): *Zimbabwe's Military. Examining its Veto Power in the Transition to Democracy, 2008-2013*. Tswane/Pretoria: APPRI 2013, 164 S.
ISBN: 9780620567503
- Sitas, Ari; Wiebke Keim; Sumungala Damodaran; Nicos Trimiklinotis; Faisal Garba: *Gauging and Engaging Deviance 1600-2000*. New Delhi: Tulika 2014, 255 S.
ISBN: 9789382381310
- Wallace, Marion: *Geschichte Namibia. Von den Anfängen bis 1990*. Basel: Basler Afrika Bibliographien & Frankfurt a.M.: Brandes & Apse 2015, xiv+562 S.
ISBN: 9783955580636